

GESE61-TB18
 POLI92-TB17
 POLI71-TB15
 MENS64-TB09
 MENS02-TB14
 GEHE02-TB02
 POLI35d-TB65

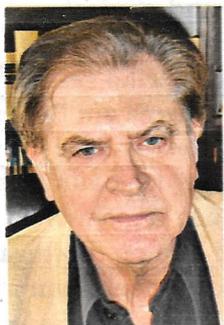


Es fehlt an Toleranz und Mitgefühl in der Gesellschaft

Unsere demokratischen Werte sind in Gefahr. Doch wir dürfen nicht aufhören, um sie zu kämpfen. Dazu mahnt der deutsche Jurist und mehrfach preisgekrönte Schriftsteller Dr. Wolfgang Bittner, 81, nicht zuletzt in seinem Buch „Die Abschaffung der Demokratie“.

Herr Dr. Bittner, mit Ihrem Buch „Die Abschaffung der Demokratie“ (Verlag Westend) zeichnen Sie ein düsteres Bild von unserem gesellschaftlichen Leben. Zuweilen mit gehörigen satirischen Spitzen. Ist die Demokratie abgeschafft?

Es heißt, dass alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht. Das ist das Prinzip der Demokratie, ebenso die Gewaltenteilung in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung. Ich habe schon länger Zweifel, ob das noch Geltung hat. Obwohl die Bevölkerung mit großer Mehrheit dagegen ist, nehmen wir plötzlich an einem Krieg teil. In der Corona-Pandemie wurden Grundrechte unter Umgehung des Parlaments per Verordnung außer Kraft gesetzt; in Weimar (D) wurde die Wohnung eines Richters durchsucht, weil er die Maskenpflicht für Schüler an zwei Schulen aufgehoben hatte. Das sind nur wenige von zahlreichen Fällen, die zeigen, dass die Demokratie von einem autoritären obrigkeitlichen Staat abgelöst wurde. Überwachung der Bürger, Bespitzelung und willkürliche staatliche Maßnahmen haben zugenommen. Das ist erschreckend, aber ich kann manchmal nur noch satirisch darauf antworten, weil es so grotesk und unwirklich anmutet. Dennoch müssen wir versuchen, das Eis offen zu halten, und mit aller Kraft für die Erhaltung demokratischer Prinzipien eintreten.



Wie steht es Ihrer Meinung nach um die Meinungsfreiheit in der EU?

Außerordentlich schlecht. Der Meinungskorridor hat sich dermaßen verengt, dass wir es praktisch mit einer Diktatur der Meinungsführer zu tun haben. Es gibt nur noch Rudimente einer Debattenkultur, die wir zeitweise ja hatten. Ich muss nur den Radio einschalten oder ins

„Wir haben es mit einer Diktatur der Meinungsführer zu tun, die Meinungsvielfalt fehlt.“

Dr. Wolfgang Bittner

Fernsehen schauen, um festzustellen, dass wir keine Meinungsvielfalt mehr haben. Den Menschen werden nach meinem Eindruck bestimmte Meinungen sozusagen eingepflegt, und wer nicht mit dem sogenannten „Mainstream“ schwimmt, bekommt Probleme. Das sind dann Verschwörungstheoretiker oder Querdenker, die werden schnell ausgegrenzt.

Seit wann orten Sie den Verlust von Meinungsfreiheit und den Mangel an Demokratie?

Die Freiheit der Meinung war schon länger infrage gestellt, aber seit Beginn der Corona-Pandemie wurde dazu und zum Impfen nur eine Meinung gestattet. Es gab keine Diskussion über das Virus, über Berechtigung und Wirksamkeit der Impfung oder über Alternativen zu Vorsorge und Behandlung. Wer das verordnete Tabu durchbrach, wurde diskriminiert. Das Gleiche passiert mit Friedensaktivisten, also friedlichen Menschen, die gegen Waffenlieferungen sind, und die über die Ursachen des Krieges

Bitte blättern Sie um!

in der Ukraine sprechen, wo ja seit 2014 Krieg herrscht. Schwierig ist es auch, über Gendersprache oder die Verhältnisse in den Palästinenser-Gebieten zu sprechen.

Woran mangelt es Ihrer Ansicht nach am meisten?

Es fehlt an Toleranz, an Mitgefühl und Freundlichkeit in der Gesellschaft. Über vieles kann nicht mehr öffentlich debattiert werden, es gibt keine Meinungsvielfalt. Wer über die Medien verfügt, kann die Meinung steuern, und das gilt auch für Wahlen. Die Menschen erfahren, was sie erfahren sollen, und das gleich mit der entsprechenden Meinung dazu. Zum Beispiel wird uns der Krieg in der Ukraine nahegebracht und Mitgefühl quasi verordnet. Aber über den Krieg im Jemen und über die Hungernden erfahren wir nichts. Wir erfuhren auch kaum etwas über den seit 2014 in der Ostukraine herrschenden Krieg, den letztlich die USA zu ver-

antworten haben. Oder über die Hintergründe des Putsches in der Ukraine. Vieles wird verschwiegen und es wird mit zweierlei Maß gemessen. Amerikas Einfluss in Europa ist enorm. Aber warum ist das so? Sind unsere Politiker zu schwach, ohne Durchsetzungsvermögen? Oder scheuen sie vor der wirtschaftlichen Macht der USA zurück? Ein

Musterbeispiel des wirtschaftlichen Kniefalles war ja die Nicht-Inbetriebnahme von „Nord Stream 2“, weil Amerika das nicht wollte ...

Die Weichen für das, was sich heute abspielt, wurden schon gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gestellt. Während es Österreich gelungen war, in die Neutralität entlassen zu werden, wurde die BRD, also ein Relikt des Deutschen Reiches, nach der bedingungslosen Kapitulation dauerhaft besetzt und als Frontstaat gegen die Sowjetunion in Stellung gebracht. Nachdem es in zwei Weltkriegen hauptsächlich darum ging, Deutschland als wirtschaftliche und militärische Macht zu eliminieren und gegen Russland auszuspielen, stehen wir jetzt erneut an der Front gegen Russland. Und unseren Politikern und Journalisten fehlen nicht nur die Geschichtskennntnisse, sondern auch der geopolitische Überblick. US-Präsident Joseph Biden hat ganz deutlich gesagt – und die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock hat das nachgebetet –, dass man Russland ruinieren wolle. Warum? Angeblich, um in Russland Demokratie und Menschenrechte einzuführen. Aber in Wirklichkeit geht es schon lange darum, Russland als Konkurrenten auszuschalten und das Land den westlichen Begehrlichkeiten zu öffnen. Dazu dienen auch die Sanktionen und die Propaganda. Dass Deutschland dabei mitmacht und sich dem Druck aus Washington unterwirft, ist eine Jahrhunderttragö-



Bürger werden von der NSA bespitzelt. Vor den Amerikanern war nicht einmal Kanzlerin Merkel sicher.

die. Nun ist zu berücksichtigen, dass dieses Deutschland nach wie vor nicht souverän ist. Augenfällig wurde das, als Joseph Biden, hinter dem der „militärisch-industrielle Komplex“ und andere Interessengruppen stehen, die Inbetriebnahme von „Nord Stream 2“ gestoppt hat. Skandalös ist, dass dazu unsere in den USA in Führungskräfte-Lehrgängen geschulten Politiker und Journalisten, entgegen deutschen Interessen applaudiert haben.

Wie stehen Sie dem Handeln der Kommissionspräsidentin von der Leyen gegenüber? Können Sie sich erklären, warum eine siebenfache Mutter immer noch mehr Kriegsmaterial in die Ukraine schickt? Und welches Ziel sie damit verfolgen will?

Frau von der Leyen, die mächtigste Frau Europas, vertritt offensichtlich nicht europäische Interessen. An ihr wurde deutlich, wie US-affine Führungskräfte in zentrale Positionen hineingeschoben werden. Dass sie für immer mehr Geld und Waffenlieferungen an die Ukraine sorgt, entspricht den Vorgaben aus Washington, weil man Russland in einen langen Abnutzungskrieg manövrieren will. Frau von der Leyen wird keines ihrer Kinder in einen solchen Krieg schicken, Kanonenfutter sind immer andere.

Sie erwähnen in Ihren Büchern den Amerikaner George Friedman, der sagt, „das Hauptinteresse der amerikanischen Außenpolitik ist im Ersten, Zweiten und Kalten Krieg gewesen, zu verhindern, dass sich deutsche Technologie mit russischem Rohstoff und russischer Arbeitskraft verbindet.“ Weil dies, die größte Gefahr für die US-Wirtschaft sei. Das hat Amerika geschafft – ein Sieg auf ganzer Linie und Europa am Boden?

Der russische Präsident Wladimir Putin hat 2001 in einer denkwürdigen Rede im Deutschen Bundestag für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum von Wladiwostok bis Lissabon (Portugal) geworben. Wie könnte Europa heute dastehen, wenn man darauf eingegangen wäre? Aber das haben die USA verhindert. Schon der erste NATO-Generalsekretar, der Briten Lord Ismay, hat 1952 zur Funktion der NATO gesagt, die NATO habe drei Aufgaben: die Sowjetunion von Westeuropa weg, die Amerikaner in Westeuropa drinnen und die Deutschen klein zu halten. Jetzt hat Joseph Biden, der sämtliche Konflikte und Kriege der vergangenen Jahre mit zu verantworten hat, es geschafft, Russland zu isolieren und die unipolare Stellung der USA zu festigen. Doch der größere Teil der Menschheit will sich die Dreistigkeiten und Aggressionen, die von den USA ausgehen, nicht mehr bieten lassen.

Wir hebeln bei uns demokratische Werte aus, ver-

hängen aber gegen den Iran weitere Sanktionen, weil dort Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Ist Europa zum Heuchler geworden wie Amerika? Oder ist das eine Ablenkungspolitik, damit dem europäischen Bürger Sand in die Augen gestreut wird und er nicht merkt, wie seine Rechte untergraben werden? Wer die offizielle, die „richtige“ Meinung vertritt und zufrieden ist, findet alles in Ordnung. Dabei wird vergessen, dass mehr als ein Viertel der Menschen in Deutschland am Rande oder unterhalb des Existenzminimums leben, und es werden gerade jetzt mit der Teuerung und dem Flüchtlingszustrom immer mehr. Es wird behauptet, Deutschland und Europa würden von Russland, und nun auch von China, bedroht, deswegen müsste so monströs aufgerüstet werden. Aber ich bin der Meinung, dass das eine Zwecklüge ist und uns niemand außer den Kriegstreibern in den USA bedroht.

Während Deutschland und die EU gerade auf den Ruin zusteuern, knallen in den USA bei der Rüstungsindustrie die Sektkorken, ebenso bei der Pharmaindustrie und den Informationstechnologie-Unternehmen. Die Vermutung erhärtet sich: Alles ist gut durchdacht, geplant und in die Tat umgesetzt. Auf der Strecke bleiben Kultur, Bildung, Soziales und Infrastruktur, auf der Strecke bleibt auch für viele ein menschenwürdiges Leben.

Warum sprechen weder die EU-Chefin noch andere führende Politiker oder Köpfe von Frieden?

Es entspricht nicht der Strategie der USA, wie ich ja bereits ausgeführt habe und wovon mehrere Kapitel meines Buches „Deutschland – verraten und verkauft“ handeln.

Andererseits werden jene, die es tun, wie Sie und die Frauenrechtlerin Alice Schwarzer, oder zuletzt auch der Musiker Dieter Bohlen, verfolgt und sogar bedroht. Wann haben Sie davon erfahren, dass Sie auf einer schwarzen Liste der Ukraine stehen?

Anfang August dieses Jahres wurde ich von Freunden darauf aufmerksam gemacht, dass ich auf einer schwarzen Liste der Ukraine stehe. Die wurde mit Namen, Tätigkeit und Porträtfoto für jeden einsehbar im Internet veröffentlicht. In der Ukraine gibt es so etwas wie ein „Wahrheitsministerium“, genannt „Zentrum gegen Desinformation“, das dem Präsidenten Selenskyj untersteht, und gegen Kritiker der Kriegspolitik vorgeht. Ich befinde mich da in guter Gesellschaft, weil ich für den Frieden eingetreten bin. Neben den genannten Personen stehen noch mehr als 70 weitere international renommierte Persönlichkeiten auf der Liste, auch ein ehemaliger amerikanischer Geheimdienstmitarbeiter des CIA und ein Politikwissenschaftler sowie der SPD-Fraktionsvorsit-

zende im Deutschen Bundestag, Rolf Mützenich. Der ehemalige US-Geheimdienstoffizier des Marine-Corps und UN-Waffeninspekteur, Scott Ritter, der ebenfalls betroffen ist, warnte, die Ukraine hätte in der Vergangenheit schwarze Listen dieser Art in „Tötungslisten“ umgewandelt, so dass diejenigen, die sich gegen die Politik der ukrainischen Regierung aussprechen, ermordet oder mit Gewalt bedroht werden.

Unter dem Titel „NSA: Welch ein verbrecherischer Irrsinn!“ schreiben Sie von einem öffentlichen Protest von 562 namhaften Schriftstellern gegen die NSA-Überwachung (NSA ist die Nationale Sicherheits-Behörde der USA). Waren Sie auch darunter?

In dem Aufruf hieß es: „Ein Mensch unter Beobachtung ist niemals frei; und eine Gesellschaft unter ständiger Beobachtung ist keine Demokratie mehr.“ Aber es

kümmerte niemanden. Einen kurzfristigen Skandal gab es erst, als öffentlich wurde, dass sogar das Mobiltelefon der Bundeskanzlerin Angela Merkel jahrelang abgehört wurde. Übrigens sagte Frau Merkel dazu, das sei rechtens gewesen, was stimmt. Die USA haben sich nämlich Sonderrechte in Deutschland vorbehalten, unter anderem können sie die Kommunikation überwa-



Die Spitzel-Zentrale. Das NSA-Hauptquartier im US-Bundesstaat Maryland an der Atlantikküste.

chen, angeblich zum Schutz ihrer stationierten Truppen und ihrer zahlreichen Stützpunkte auf deutschem Territorium. Ich habe gegen diese Bespitzelung und Überwachung protestiert, denn für Journalisten ist es prekär, wenn sie abgehört werden und ihre Korrespondenz überwacht wird. Wer traut sich da noch, heikle Informationen weiterzugeben? Gegen diese schwerwiegenden Eingriffe in die Persönlichkeits- und Bürgerrechte müssen wir uns wehren, um nicht der Willkür ausgeliefert zu sein.

Gibt es noch eine Rettung für die Bürger? Haben wir noch eine Chance auf Demokratie und Frieden?

Schwierig. Denn wenn das Parlament versagt, wie zu Anfang der Corona-Krise, kann es zu Übergriffen der Exekutive, also der Regierung und der Behörden kommen. Und die Judikative folgt, ebenso die Medien. Hinzu kommt, dass viele der führenden Politiker, Journalisten und Wissenschaftler US-Interessen vertreten, ob bewusst oder aus Unwissenheit – wir sehen es an der überwältigenden Zustimmung zum Stellvertreterkrieg in der Ukraine. Insofern wird es nicht einfach sein, die demokratischen Rechte zu erhalten. Aber wir müssen alles verteidigen, was unsere Freiheit und unser Bedürfnis nach Frieden durch den Staat und seine Organe einschränkt; die Bürgerrechte, unsere Privatsphäre, Selbstbestimmung, die kulturelle Identität, Bargeldzahlung und so weiter. Wir müssen es tun, auch um unser selbst willen.